



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 01.02.2010
Az.:

11. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 25.01.2010

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Hofstetter, Franz Josef

Jobst, Karl Heinz

Kuhn, Günther

Parthier, Nadja

i.V.v. Utz Peter

Rübensaal, Siegfried

Schlehuber, Anton

Schwimmer, Hans

Vogl, Willi

Ways, Rudolf

Wiesmaier, Hans

bis 16.20 Uhr

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Kohout Caroline

Fischer Heinz

Schmittner Josef

Graßl Reiner

Unterreitmeier Johann

Friedemann Juliane (zu TOP 4)

Mayer, Elfriede (Protokoll)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Frau Jacobsen vom Ing.Büro Hausladen GmbH (TOP 1)
Projektleiter Wild von der Fa. kplan (TOP 1 und 1.1)
Architekt Anger vom Architekturbüro Anger und Groh (TOP 1.2)
Schulleiter Biller von der Dr.-Herbert-Weinberger-Schule (TOP 2)
Herr Loechle, Leiter der Kreismusikschule Erding (TOP 2)
Landschaftsarchitekt Herr Semmler (TOP 3 und 4)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Nachhaltiges Passivhaus, Zwischenbericht
Vorlage: 2009/0601
 - 1.1 Schulen des Landkreises - FOS/BOS
Zwischenbericht von Herrn Wild
 - 1.2 Schulen des Landkreises - Realschule Taufkirchen
Photovoltaikanlage
2. Schulen des Landkreises – Kunst am Bau
Errichtung eines Gemeinschaftsraumes auf dem Gelände
der Dr.-Herbert-Weinberger-Schule
Vorlage: 2010/0609
3. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Vorstellung Müllhäuschen
Vorlage: 2009/0602
4. Schulen des Landkreises - Gymnasium an der Sigwolfstraße
Umgestaltung Steinhof
Vorlage: 2010/0608
5. Bekanntgaben und Anfragen
 - 5.1 Radweg Siglfinger Straße - Neubau FOS/BOS



I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 25.01.2010

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist **Kreisrat Kuhn** darauf hin, in der Sitzung am 16.11.2009 sei lange über das Thema Photovoltaikanlage auf dem Dach des „Alten Rathauses“ in Taufkirchen diskutiert worden. Er stellt den *Antrag*, den Tagesordnungspunkt heute öffentlich zu diskutieren. Seiner Meinung nach müssen nur die Angebote nichtöffentlich behandelt werden.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schlehuber denkt, wenn der Tagesordnungspunkt 6 öffentlich behandelt werden soll, sollten die Ausschussmitglieder doch wenigsten über die Angebote Bescheid wissen.

Der Vorsitzende stimmt dem zu. Eine öffentliche Beratung sei möglich, außer der Diskussion über die Angebote.

Er stellt den Antrag von Kreisrat Kuhn, TOP 6 (außer den Angeboten) in öffentlicher Sitzung zu beraten, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 6 : 4 Stimmen.**

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Nachhaltiges Passivhaus, Zwischenbericht Vorlage: 2009/0601

Der Vorsitzende begrüßt Frau Jacobsen und bittet um ihren Bericht.

Frau Jacobsen erklärt, das Konzept sei vom Büro ip5 erstellt worden. Das Ingenieurbüro Hausladen ist für die Begleitung (Energieberatung in der Bauphase) und Darstellung in der Öffentlichkeit zuständig. Der Aufgabenbereich umfasst die Erstellung eines Zwischenberichts für die DBU alle sechs Monate während der Bauphase, die Prüfung und Nachverfolgung der energetischen Kennwerte, die Dokumentation der Öffentlichkeitsarbeit und der Nachhaltigkeitsuntersuchungen und des Monitorings.

Sie berichtet, zur Nachverfolgung der energetischen Kennwerte gibt es verschiedene Kenndaten. Im Energieausweis wird der Primärenergiebedarf für Heizung, Kühlung, Lüftung, Beleuchtung und Warmwasserbereitung gemäß EnEV dargestellt. Für die Passivhausberechnungen ist ein Heizwärmebedarf gemäß PHPP (Heizwärmebedarf $<15 \text{ kWh/m}^2\text{a}$) zur Einhaltung der Passivhauskriterien erforderlich. Durch das Büro ip5 wird der Primärbedarf für Heizung, Kühlung, Lüftung, Beleuchtung und Warmwasserbereitung errechnet, weil die Werte näher an der Realität liegen.

Im Energieausweis vom Juli 2008 sei ein Primärenergiefaktor von 0,7 (Standardwert Fernwärme) für die Fernwärmeerzeugung gerechnet worden. Im Energieausweis vom Juni 2009 hat das Büro ip5 einen Primärenergiefaktor von 1,06 errechnet (Küche mit berücksichtigt).



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Das Büro ip5 hat den fiktiven Primärenergiefaktor für Fernwärme zugrunde gelegt, weil von dem Fernwärmeversorger kein offizielles Zertifikat vorgelegt worden ist. Der Primärenergiefaktor in Höhe von 0,98 sei nur per Mail mitgeteilt worden.

Frau Jacobsen merkt an, der Anstieg sei also nicht durch die Verschlechterung des Gebäudes verursacht worden, sondern durch die Berechnung der Fernwärme mit dem Standardwert, den Einfluss der Küche und zusätzlichen kleineren Änderungen. Bei der Berechnung des Primärbedarfs für den Energieausweis sei die Nutzung der Küche nicht berücksichtigt worden, weil der Flächenanteil der Küche relativ gering sei. Beim Monitoring wird die Küche jedoch separat gemessen. Bei einer Besprechung am 13.05.2009 (Fa. kplan, Büro ip5, Büro Hausladen, etc.) sei beschlossen worden, im neuen Energieausweis die Nutzungszone Küche für den öffentlich rechtlichen Nachweis mit zu berücksichtigen.

Dies sei der DBU erläutert und auch so mitgeteilt worden. Die DBU hat schriftlich bestätigt, dass die Darstellung nachvollziehbar sei und dies keine Energieverschlechterung darstellt. Trotz des Anstiegs bedeutet es, dass der geforderte Wert von über 200 kWh/a mit 83,1 kWh/a deutlich unterschritten wird.

Weiter erklärt sie, aufgrund von zusätzlichen Wärmebrücken im Fassadenbereich und sonstigen Änderungen hat sich der Heizwärmebedarf (Heizung, die im Raum gebraucht wird) von 11 auf 14,6 kWh/m²a (Stand Juni 2009) erhöht. Der Grenzwert des Passivhauses mit 15 kWh/m²a wird damit eingehalten. Der Wert wird immer wieder nachkontrolliert, weil z.B. kleine Änderungen in der Dämmung Auswirkungen haben können. Inzwischen konnte ein Wert von 14,35 kWh/m²a erreicht werden.

Es sei angenommen worden, dass der Wert durch die Dämmung der Bodenplatte im Erdreich optimiert werden könnte. Es war jedoch ein Anstieg auf 14,57 kWh/m²a.

Im Dachbereich über dem Atrium ist die Dämmung etwas schlechter, so dass am Ende der Wert bei 14,67 kWh/m²a war. Nach derzeitiger Planung kann durch eine Verbesserung der Wärmedämmung der Außenwand ein Wert von 14,45 kWh/m²a erreicht werden.

Im Bereich der Lüftungsanlagen werden derzeit die verschiedensten Geräte geprüft. Dabei sei auch über einen Sonnenschutz im Atrium diskutiert worden. Im Weiteren zeigt sie eine Berechnung und Optimierung der Einbauwärmebrücken mit Stahlwinkel (thermisch entkoppelt und thermisch nicht entkoppelt).

Zur Öffentlichkeitsarbeit berichtet sie, am 29.05.2009 war die Grundsteinlegung des Neubaus FOS/BOS. Am 15. Juni und 21. September 2009 sei das Projekt interessierten Schülern, Lehrern und der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Es fanden Führungen durch den Rohbau statt.

Das Projekt Neubau FOS/BOS hat bei der Preisverleihung des e.on Bayern Umweltpreises 2009 den Hauptpreis in Höhe von 50.000 € gewonnen.



Im Weiteren sei für Juni 2010 eine Fachkonferenz "Die gesunde und nachhaltige Schule – Fördermöglichkeiten, Umsetzung, Betrieb" geplant.

Kreisrat Jobst stellt fest, der Primärenergiebedarf sei um ca. 37 % aufgrund der Fernwärme höher geworden. Er betont, seit Jahren weist er darauf hin, dass bei Fernwärme viel CO₂ ausgestoßen wird. Er fragt, ob es nicht besser wäre, von der Berechnung des Primärenergiebedarfs wegzugehen, weil der Wert von anderen externen Dingen abhängig sei.

**LANDKREIS
ERDING**

Büro des Landrats
BL

Frau Jacobsen antwortet, es gibt keine Wahl mehr. Im Förderantrag wäre noch die Möglichkeit gewesen. Der Primärenergiebedarfswert liegt bei der Fernwärme bei 0,98 und ist besser als bei Gas mit 1,1. Es wird z.B. der Rücklauf vom Gastro-Zentrum verwendet, der nicht eingerechnet werden kann. Es sei schwer zu bewerten, was die Nutzung ausmacht. Die Berechnungen seien so, als wenn die Fernwärme genutzt würde.

Der Vorsitzende sagt, es handelt sich um eine theoretische Berechnung, die tatsächliche Effektivität sei besser. Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Jacobsen für die Informationen.

Kreisrat Rübensaal fragt, wie das Schreiben der DBU zu bewerten sei.

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht. Die DBU hat mit Schreiben vom 09.12.2009 mitgeteilt, „dass die Gründe, die zur Erhöhung des Primärenergiebedarfs auf 89,3 kWh/m²a geführt haben, durch das Ing.Büro Hausladen, Frau Jacobsen transparent dargestellt worden sind. ... Vor diesem begründeten Hintergrund können wir Ihnen mitteilen, dass die besagten Abweichungen keine Auswirkungen auf die Ausreichung der Fördermittel haben.“ Der Vorsitzende merkt an, die Werte sind inzwischen ein Stück weit besser und liegen bei 83,1 kWh/m²a.

Daraufhin bringt er folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0047-14

Der Zwischenbericht zum Neubau der Fach- und Berufsoberschule in nachhaltiger Passivhausbauweise mit extrem niedrigem Gesamt-Primärenergiebedarf wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

1.1 FOS/BOS - Zwischenbericht von Herrn Wild

Der Vorsitzende bittet Herrn Wild über die derzeitige Situation am Neubau FOS/BOS zu informieren.

Herr Wild erklärt, derzeit ist die Metallbaufirma und seit letzter Woche sind auch die Zimmerer mit 12 Arbeitern auf der Baustelle. Die Konterlattung an der Außenfassade ist bereits angebracht. Es ist inzwischen die Atriumstahlkonstruktion aufgesetzt worden. Zwei Drittel der Dachfläche sind eingeschalt. Die Nordseite ist abgedichtet. Bei den derzeitigen Temperaturen kann die Innenabdichtung nicht gemacht werden. Er hofft, dass die Zimmerer bis Ende Februar so weit sind, dass der Innenausbau



erfolgen kann. Der Bereich Sanitär und Lüftung sei zurückgestellt worden, weil Abdichtungsarbeiten derzeit nicht möglich sind. Seit 11.12. liegt eine 5 cm Eisschicht auf dem Dach. Auch im Kellergeschoß liegt eine 3 cm Eisschicht. Die Verschalungsarbeiten außen sind zurückgestellt worden, weil der Einbau der Jalousien abgewartet werden muss. Es können aufgrund der Witterung keine Abdichtungen gemacht werden. Die Abdichtungen müssen gemacht werden, bevor die Zimmerer mit den Arbeiten beginnen. Das Problem seien die Ansatzelemente. Bei minus 10 Grad halten jedoch die Saugnäpfe nicht. Derzeit sei es nicht angebracht, eine Bauheizung einzubauen. Dazu muss die Fassade dicht sein.

Der Vorsitzende fragt, ob die Arbeiten im Zeitplan liegen.

Herr Wild antwortet, der Innenausbau ist ungefähr einen Monat im Verzug. Die Arbeiten sind vom Wetter abhängig. Er geht davon aus, dass der Fertigstellungstermin derzeit nicht gefährdet ist.

Kreisrat Schlehuber erinnert, er hat darauf hingewiesen, dass die knapp bemessene Zeit in den Wintermonaten nicht eingehalten werden kann.

Kreisrat Jobst merkt an, im Vorlagebericht (auf Seite 7) steht, dass „in der Ausschreibung kein g-Wert definiert wurde“. Es sei in der PHPP-Berechnung ein g-Wert mit 0,52 angenommen worden. Er fragt, ob das noch aktuell sei oder sich etwas geändert hat.

Herr Wild antwortet, eine Entscheidung, welche Verglasung eingebaut wird, ist noch nicht gefallen. Technisch ist der g-Wert freigegeben worden. Es gibt ein Nachtragsangebot der Firma. Sie hat Mehrkosten für die Einhaltung eines g-Wertes in Höhe von 0,52 angemeldet.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

1.2. Schulen des Landkreises - Realschule Taufkirchen Photovoltaikanlage

Der Vorsitzende schlägt vor, die von Kreisrat Kuhn vorgeschlagene öffentliche Beratung zum Tagesordnungspunkt 6 „Schulen des Landkreises – Realschule Taufkirchen, Photovoltaikanlage“ (nichtöffentlicher Teil) zu beraten. Über Angebote und Bedingungen kann nicht diskutiert werden. Die steuerlichen Bedingungen sind im Vorlagebericht ausführlich dargestellt worden.

Kreisrat Kuhn denkt, es geht heute um die Entscheidung, ob der Landkreis selbst in den Bau einer Photovoltaikanlage investieren möchte oder welches Modell gewählt wird.

Kreisrat Ways denkt, obwohl es schon viele Diskussionen dazu gegeben hat, sind aufgrund der Sitzungsvorlage noch einige Punkte zu klären, um zu einer Entscheidung zu kommen.



Der Vorsitzende vermutet, nachdem die Preisangebote im nichtöffentlichen Teil vorliegen, wird die Diskussion nicht einfach sein.

Auf Wunsch des Vorsitzenden erklärt **Herr Schmittner** zu Punkt 4 „Umsatzsteuer“, als Anlage 4 sei ein Merkblatt des Finanzamtes und die Richtlinie Nr. 6 zu § 4 des Körperschaftssteuergesetzes mit versandt worden.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Zur Besteuerung erklärt er, ein Privatunternehmer kann bei Umsätzen unter 17.500 € von einer Kleinbetriebregelung Gebrauch machen. Dabei wird die Einspeisevergütung ohne Umsatzsteuer gezahlt. Als Alternative können die Anlagenbetreiber, soweit sie keine andere unternehmerische Tätigkeit ausüben, bei Erlösen unter 17.500 € zur Regelbesteuerung optionieren. Bei der Regelbesteuerung wird vom Energieversorgungsunternehmen neben der Einspeisevergütung auch Umsatzsteuer gezahlt. Diese ist an das Finanzamt zu zahlen. Für die vom Anlagenbetreiber gezahlte Mehrwertsteuer kann jedoch die Vorsteuerabzug geltend gemacht werden. Für private Anlagenbetreiber ist es deshalb sinnvoll, von der Regelbesteuerung Gebrauch zu machen.

Für den Landkreis Erding besteht die genannte Möglichkeit nicht, weil er bereits im Bereich Abfallwirtschaft für DSD unternehmerisch tätig ist.

Der Landkreis kann den Betrieb der PV-Anlage nur über den öffentlichen Haushalt (ohne Umsatzsteuer und Vorsteuerabzug) abwickeln oder beim Finanzamt die Anerkennung als Betrieb gewerblicher Art beantragen. Für die Anerkennung sei ein Jahresumsatz von über 30.678 € erforderlich. Nachdem die Einnahmen aus der PV-Anlage unter diesem Grenzbetrag liegen, müssten beim Finanzamt besondere Gründe geltend gemacht werden. Ob eine Anerkennung erfolgen würde, konnte nicht abschließend geklärt werden. Er weist darauf hin, eine Anerkennung durch das Finanzamt hätte die volle steuerliche Erfassung (mit der Zahlung von Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Kapitalertragssteuer) zur Folge.

Kreisrat Rübensaal wünscht, den Vorlagebericht abzuarbeiten.

Der Vorsitzende sagt, der Vorlagebericht kann bis zu Seite 4 diskutiert werden. Die Unterlagen können auch an die Pressevertreter verteilt werden. Die Beschlussfassung muss im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

Kreisrat Wiesmaier denkt, es muss nicht jede Seite beraten werden. Vom Grundsatz her gilt es über ein Betreibermodell, einen Eigenbetrieb oder die Beteiligung mit der Gemeinde Taufkirchen zu diskutieren.

Als erstes sei über den Vergleich Indachanlage oder aufgeständerte PV-Anlage zu entscheiden. Er denkt, es sollte nur eine aufgeständerte Anlage in Frage kommen. Der einzige Vorteil für eine Indachanlage sei die günstigere optische Erscheinung. Alle anderen Dinge sprechen aufgrund der Förderfähigkeit, der Kompliziertheit und der in Zukunft zu erwartenden Nachfolgelasten (Indachanlage wieder ausbauen, Dach erneuern, etc.) gegen eine Indachanlage.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Eine Grundsatzdiskussion ist notwendig, weil der Sinn von PV-Anlagen erneut entbrannt sei. Er verweist auf einen Presseartikel vom 21.01.2010 der Moosburger Zeitung, Wirtschaftsteil, Aussage von Umweltminister Röttgen: „Die bisherige „Überförderung“ des Solarstroms werde von den Stromkunden nicht länger akzeptiert. Seit der 9 %igen Kürzung der Subvention zum Jahresbeginn erhalten die Betreiber einer Solaranlage im Schnitt 39 Cent pro Kilowattstunde für die Einspeisung ins Stromnetz. An der Börse wird Solarstrom mit rd. 5 Cent gehandelt. Die Mehrkosten zahlt der Verbraucher über seine Stromrechnung mit.“.

Er denkt, ein Risiko für den Landkreis ist es, wenn ab 01.04. eine erneute Senkung von 10 % bis 15 % diskutiert wird. Für die Freiflächenanlagen wird eine Senkung der Einspeisevergütung von 25 % diskutiert. Er meint, dass eine Installation der PV-Anlage durch den Landkreis sehr vorsichtig zu betrachten sei. Ihm gefällt das Engagement der Gemeinde Taufkirchen. Wenn die Gemeinde Taufkirchen anstrebt, ein Gemeindewerk zu gründen, sollte der Landkreis auf keinen Fall selber die Anlage installieren oder betreiben, sondern die Gemeinde vor Ort einbinden. Über die Ausführungsbestimmungen könnte im Detail noch gesprochen werden.

Kreisrat Rübensaal schließt sich der Meinung von Kreisrat Wiesmaier an. Von drei Anbietern liegen konkrete Zahlen vor. Die Gemeinde Taufkirchen müsste jedoch auch Zahlen nennen. Dann könnte eine zielführende Diskussion geführt werden.

Kreisrat Ways sagt, er sei der Meinung gewesen, dass mit einer Indachanlage Kosten gespart werden könnten. Er spricht sich grundsätzlich für eine PV-Anlage aus. Er schlägt vor, nachdem die Gemeinde Taufkirchen interessiert sei, das Dach des „Alten Rathauses“ den Gemeindewerken zur Verfügung zu stellen oder an Bürger des Landkreises. Er denkt, wenn die Einspeisevergütung geringer werden wird, müssen auch die Kosten für die PV-Anlage sinken.

Der Vorsitzende sagt, bei dem Modell mit Beteiligung der Gemeinde Taufkirchen (Gründung eines Gemeindewerkes) hätte der Landkreis kein Risiko. Es würde eine öffentliche Einrichtung auf einem öffentlichen Gebäude eine PV-Anlage betreiben.

Er stellt fest, dass es keine Bezuschussung für eine Indachanlage gibt, nachdem das Dach mit rd. 87,5 % bezuschusst wird. Es macht deshalb Sinn, eine aufgeständerte Anlage zu installieren.

Kreisrat Jobst denkt, es wäre interessant zu wissen, wie die Gemeinde Taufkirchen dazu steht. Der Landkreis hat viele Gebäude, auf denen eine PV-Anlage installiert werden könnte. Es sollte deshalb nicht vom Tisch sein, dass der Landkreis selbst als Unternehmer auftritt.

Kreisrat Kuhn erinnert, eine Indachanlage zu prüfen, sei der Gedanke von Kreisrat Haindl und ihm gewesen. Er sieht ein Problem bei der Zeit, weil bisher eine PV-Anlage abgelehnt worden ist und bis 01.04. es nicht möglich sein wird, die PV-Anlage zu installieren. Es gehen 10 – 15 % verloren. Es sollte grundsätzlich überlegt werden, ob der Landkreis eine PV-Anlage selber machen möchte oder im Betreibermodell. Er fragt,



warum der Landkreis ohne jeglichen Grund auf rd. 100.000 € verzichten und das Geld anderen zu Gute kommen sollte. Wenn es zum Betreibermodell kommen sollte, weil es keine Mehrheit für eine eigene Unternehmung gibt, wäre es sinnvoll, es nicht an einen Privaten zu geben.

Er hat sich bei der Stadt Freising erkundigt, die kein Problem in der steuerlichen Abwicklung sehen.

Er denkt, der Landkreis könnte den Ertrag einer PV-Anlage im Haushalt gut brauchen.

Der Vorsitzende meint, dazu sollten die Angebote zugrunde gelegt werden. Die Einschätzung von Einnahmen von rd. 100.000 € habe Herr Wieder nicht garantieren können.

Kreisrat Kuhn weist darauf hin, die Kalkulation der Fa. Wieder sei auch öffentlich diskutiert worden.

Kreisrat Wiesmaier fragt, ob aufgrund des Baufortschritts eine PV-Anlage bis 01.04. noch in Betrieb gehen könnte.

Architekt Anger verneint dies. Die notwendigen Dacharbeiten werden erst in den Pfingst- und Sommerferien durchgeführt.

Kreisrat Wiesmaier zeigt sich erstaunt, dass Kreisrat Kuhn das Thema auf die Einspeisevergütung reduziert. Nach wie vor sei die CO₂ Minimierung und das Thema Energie Nummer 1. Wenn das Thema auf die Einspeisevergütung reduziert wird, bedeutet es, dass mit dem Strompreis des einzelnen Stromkunden die öffentlichen Haushalte saniert werden. Er fragt, ob das der richtige Weg sei. In seiner Gemeinde wird das Thema sehr intensiv diskutiert. Jeder Private ist gut, der sein Dach mit PV-Anlagen ausstattet und auch seinen Strom aus der Fläche entnimmt. Er findet es gut, dass die Bundesregierung erkannt hat, dass die Stromabnahme höher vergütet wird (von 3,5 Cent auf 5 Cent), das sei bisher versäumt worden. Er spricht sich für das Modell der Gemeinde Taufkirchen aus, weil die Bürger vor Ort von den erneuerbaren Energien profitieren. Aus rein wirtschaftlicher Sicht sollte das Ganze nicht gesehen werden.

Kreisrat Jobst denkt, über allem stehen die Nachhaltigkeit und die CO₂-Einsparung. Die Umlage der erneuerbaren Energie auf den Strompreis beträgt 0,4 Cent. Der Anteil bezieht sich auf sämtliche erneuerbaren Energien. Der Anteil der PV-Anlage ist rd. 2 %.

Der Vorsitzende merkt an, wenn z.B. der Anteil 20 % oder 30 % wäre, würde der regenerative Anteil, der beim Strompreis berechnet wird, auch deutlich höher werden. Andere Energieerzeugungsformen seien deutlich günstiger. Die teuerste sei die Photovoltaikanlage.

Kreisrat Jobst sagt, der Preis wird nicht durch den Anteil der Photovoltaik erhöht, sondern von den Stromkonzernen, die in Leipzig an der Strombörse Geld für den Strom zahlen. Das ist entscheidend.



Kreisrat Ways glaubt, alle wollen eine PV-Anlage. Ihn wundert das „Herumeiern“. Es steht eine Dachfläche von ca. 200 qm zur Verfügung, das sei ein winziger Anteil, mit dem der Landkreis zur Klimaverbesserung beitragen könnte. Er schlägt vor, die PV-Anlage durch den Landkreis selber zu machen.

Kreisrat Hofstetter stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, das Thema im nichtöffentlichen Teil weiter zu diskutieren. Eine Entscheidung drängt nicht, weil eine PV-Anlage bis 01.04. nicht hergestellt werden kann.

Kreisrat Kuhn widerspricht Kreisrat Hofstetter, eine Entscheidung sei dringend erforderlich. Er hat das Gefühl, dass ein bestimmtes Modell favorisiert wird und über andere Möglichkeiten nicht mehr geredet werden möchte.

Kreisrat Jobst fragt, ob die Gemeinde Taufkirchen beabsichtigt, die Fläche für eine PV-Anlage zu nehmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, das sei im nichtöffentlichen Teil zu diskutieren.

Kreisrat Hofstetter erklärt, die Gemeindewerke Taufkirchen sind im Entstehen. Im Februar wird eine Entscheidung im Gemeinderat erfolgen.

Die weitere Beratung erfolgt im nichtöffentlichen Teil.

2. Schulen des Landkreises - Kunst am Bau **Errichtung eines Gemeinschaftsraumes auf dem Gelände der** **Dr.-Herbert-Weinberger-Schule** **Vorlage: 2010/0609**

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht. Für die Entscheidung seien zwei Standortmöglichkeiten auf dem Grundstück ausgesteckt worden.

Bei der Besichtigung zeigt er den Verlauf der Fernwärmeleitung und wie bisher beim Fest der Internationalen Begegnung die Stände aufgestellt worden sind. Das Fest kann in dem Bereich dann so nicht mehr stattfinden.

Kreisrat Schlehuber denkt, für den Gemeinschaftsraum sei kein Fundament notwendig. Seiner Meinung nach reicht eine bewährte Bodenplatte mit 20 cm Stahl oder noch stärker. Der Grund trägt die Bodenplatte. Die Fernwärmeleitung sollte mit Rohren (Betonteilen) überdeckt werden, dann sei eine Verlegung nicht notwendig und es spart Kosten.

Schulleiter Biller berichtet, er hat letzte Woche mit Herrn Loechle den Standort besichtigt und über die alternative Gestaltung des Wochenendes der Internationalen Begegnung gesprochen. Er zeigt, wie die Bühne künftig stehen könnte. Die Tische und Stühle könnten in Richtung Kreismusikschule platziert und die Verkaufsstände wie bisher um das Bauwerk aufgestellt werden, jedoch mit der Verkaufsseite nach außen. Er

denkt, die Nutzung an einem Wochenende steht im Vergleich zu einer ganzjährigen anderen Nutzung.



Der Vorsitzende begrüßt Herrn Loechle und fragt ihn, ob der Vorschlag, wie Schulleiter Biller erklärt hat, denkbar sei.

LANDKREIS
ERDING

Herr Loechle erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden. Er weist darauf hin, dass in dem Bereich, wo die Tische und Stühle dann aufgestellt werden sollen, ein Baum entfernt werden müsste.

Büro des Landrats
BL

Nach der Besichtigung stellt **der Vorsitzende** fest, dass die Alternative 1 die bessere sei.

Kreisrat Schlehuber merkt an, im Haushalt seien dafür Mittel eingeplant. Der Eingabeplan sei jedoch noch nicht beschlossen worden. Er fragt, ob der Eingabe- und Werkplan beschlossen werden kann, damit die Berufsschule Vorbereitungen treffen kann.

Der Vorsitzende sagt, im nächsten Schritt werden die Pläne vorbereitet, weil eine Standortentscheidung dafür Voraussetzung war. Nachdem für die Maßnahme Mittel im Haushalt eingeplant sind, kann der bereits gefasste Beschluss umgesetzt werden.

Er formuliert folgenden Beschluss zur Standortentscheidung:

BauEn/0048-14

Der Gemeinschaftsraum soll auf der Fl.Nr. 1630 der Gemarkung Altenerding, entsprechend der im Lageplan (Anlage 2) eingetragenen **Standortalternative 1** realisiert werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen.**

3. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Vorstellung Müllhäuschen Vorlage: 2009/0602

Auf Wunsch des Vorsitzenden zeigt **Herr Semmler** anhand des Lageplans, wo das Müllhäuschen aufgestellt werden soll. Die Größe wird 10,50 m x 4,50 m sein für 6 Papiertonnen, 3 Restmülltonnen, 2 Biomülltonnen und einer Fläche für die „Gelben Säcke“. Die Holzverkleidung sowie die Farbe werden an die Fassadengestaltung des Gebäudes angepasst. Er zeigt ein Muster in ähnlicher Ausführung.

Kreisrat Vogl fragt, nachdem im Vorlagebericht die Kosten mit ca. 30.000 € angegeben sind, was an dem Müllhäuschen so teuer sei. Ihm sei der Preis für ein so einfaches Müllhäuschen schon zu hoch gerechnet.

Herr Semmler sagt, es handelt sich um ein vorgefertigtes Standardprodukt in System-/Modulbauweise der Fa. Ziegler. Er kann nur den Preis nennen, der ihm genannt worden sei. Bei einer Ausschreibung steht dem Bieter frei, ob er das Müllhäuschen selber baut oder das Produkt bestellt. Der Preis sei im Gesamtpaket bei den Außenanlagen enthalten.



Der Vorsitzende fragt, warum der Bereich nicht extra ausgeschrieben wird. In den Außenanlagen sind wenig ähnliche Dinge enthalten.

Herr Semmler antwortet, wenn sich ein Bieter entscheiden würde, das Müllhäuschen zu besorgen, müsste die Firma nur die Fundamente vorbereiten. Eine separate Ausschreibung sei möglich. Die Zeit drängt nicht, weil das Müllhäuschen erst am Ende der Baumaßnahme aufgestellt werden wird. Es wird ein Ringfundament gesetzt und die Innenfläche gepflastert.

Der Vorsitzende plädiert für eine beschränkte Ausschreibung mit Zimmererbetrieben aus der Umgebung.

Kreisrat Schlehuber merkt an, das Ganze sei eine Stahlkonstruktion mit einem Dach aus Trapezblech und einer leichten Neigung mit rd. 4 Grad. Die Dachrinne könnte ohne Blende angebracht werden. Es sollte schon gespart werden. 30.000 € seien für ein Müllhäuschen zu viel. Wenn die Öffentlichkeit erfährt, dass für ein Müllhäuschen 30.000 € gezahlt wird, werden Fragen kommen. Er erinnert, noch vor nicht zu langer Zeit habe für umgerechnet 60.000 DM ein kleiner Rohbau erstellt werden können.

Der Vorsitzende sagt, ein geneigtes Dach mit einem leichten Gefälle wäre auch möglich. Auch wenn die Dachrinne außen sichtbar sei, wird das die Ansicht nicht stören.

Die Verwaltung wird bei der Ausschreibung Standards festlegen und die Ausschreibung begleiten.

Kreisrat Schwimmer fragt, woher die Berechnung für die Anzahl der Mülltonnen sei. Er denkt, dass an der FOS/BOS nicht soviel Müll produziert werden wird.

Herr Semmler sagt, die Anzahl sei mit Herr Kaspar vom Sachgebiet Abfallwirtschaft abgestimmt worden.

Nach kurzer Diskussion formuliert **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag:

BauEn/0049-14

Dem vom Generalplaner vorgestellten Grobkonzept für das Müllhäuschen wird zugestimmt. Es ist eine beschränkte Ausschreibung durchzuführen. Die Standards dazu sind von der Verwaltung abzuklären.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen.**

4. Schulen des Landkreises - Gymnasium an der Sigwolfstraße Umgestaltung Steinhof Vorlage: 2010/0608

Der Vorsitzende berichtet, die Umgestaltung des Steinhofs wird von den Schülern gut angenommen. Jedoch gibt es Mehrkosten von 2.184,84 €.



Frau Friedemann verweist auf den versandten Vorlagebericht und ergänzt, nachdem von der Schule eine schnelle Nutzung des Themenhofes gewünscht worden sei, sollte auf Wunsch des Elternbeirates Rollrasen verlegt werden. Die Kosten hat der Elternbeirat des Gymnasiums übernommen. Um den Kostenrahmen des Landkreises einzuhalten, sollten einige Arbeiten von den Gärtnern und Mitarbeitern des Bauhofes übernommen werden.

Nachdem sich bei den laufenden Umbauarbeiten herausgestellt hat, dass das gelieferte Substrat jeweils vor und begleitend zu den Pflasterarbeiten aufgetragen und vorverdichtet werden musste, seien im Sinne einer wirtschaftlichen Arbeitsweise diese Arbeiten auch von der Fa. Thalmeier ausgeführt worden. Dadurch sind die genannten Mehrkosten in Höhe von 2.184,84 € entstanden. Die zusätzlichen Kosten sind durch Einsparungen im Haushalt Grünflächenpflege abgedeckt.

Kreisrat Schlehuber fragt, ob die Kostenüberschreitung mit der Kämmerei abgesprochen sei. Zudem möchte er wissen, ob auch ein normaler Rasen hätte gesät werden können.

Frau Friedemann sagt, mit der Kämmerei sei das so besprochen worden. Es hätte auch Rasen gesät werden können. Die Kosten für den Rollrasen hat der Förderverein der Schule übernommen.

Der Vorsitzende stellt fest, die Entscheidung für Rollrasen sei vom Elternbeirat getroffen worden und die Nachfolgekosten habe der Landkreis zu tragen. Insgesamt seien 15.000 € für die Umgestaltung des Steinhofs zur Verfügung gestellt worden. Mit dem Betrag hätte es den Rollrasen nicht gegeben. Vor der Entscheidung hätte der Ausschuss informiert werden sollen.

Kreisrat Ways denkt, Hauptsache sei, dass die Umgestaltung positiv erfolgt sei.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0050-14

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen.**

5. Bekanntgaben und Anfragen

5.1 Radweg Siglfinger Straße - Neubau FOS/BOS

Kreisrat Vogl erinnert, anfangs sei davon die Rede gewesen, dass der Radweg an der Siglfinger Straße entlang am Parkplatz (Neubau FOS/BOS) geführt werden soll. Inzwischen sei jedoch die Steinmauer gebaut worden.

Der Vorsitzende berichtet, wegen der Fortführung des Radweges sei mit der Stadt Erding ein Grundstückstausch durchgeführt worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Graßl ergänzt, es gibt eine vertragliche Vereinbarung mit der Stadt Erding über die Fortführung des Radweges. Der Landkreis wird sich an den Kosten beteiligen.

Herr Unterreitmeier merkt an, seines Wissens wird der Radweg an der Steinmauer vorbeigeführt.

Der Vorsitzende sichert zu, bis zur nächsten Sitzung Näheres zu erfragen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 16.45 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte